

Fraktion "FDP & DIE STADTGESTALTER" im Rat der Stadt Bochum

An den Oberbürgermeister

Herrn Thomas Eiskirch

12. Oktober 2016

Antrag

zur 24. Sitzung des Rates am 27.10.2016

hier: Masterplan Stadtentwicklung Bochum 2030 – Unser Zuhause gesamtstädtisch gestalten

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine langfristig angelegte Stadtentwicklungsstrategie im Sinne eines städtebaulichen Masterplans für das gesamte Stadtgebiet Bochums zu entwickeln. Dies umfasst eine Bestandsaufnahme, eine planerische und politische Strategie sowie einen gesamtstädtischen Verständigungsprozess unter Einbeziehung bürgerschaftlicher Beteiligung.

Durch ein konzeptionelles Vorgehen soll sichergestellt werden, dass öffentliche Fördermittel bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können. In der Umsetzung soll insbesondere auch externe Fachkompetenz eingebunden und ein sinnvolles Monitoringsystem aufgebaut werden.

Begründung:

Den Auftrag für ein strategisches, planvolles Vorgehen hat das NRW Ministerium Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) den Kommunen bereits erteilt:

„Integrierte Stadtentwicklung ist der zentrale strategische und ressortübergreifende Ansatz nordrhein-westfälischer Städtepolitik und Voraussetzung für die Städtebauförderung. Nordrhein-Westfalen orientiert sich am Leitbild der "Leipzig Charta“, dem wichtigsten Dokument der aktuellen europäischen Städtepolitik. Die Leipzig Charta wurde unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft 2007 entwickelt und schreibt nunmehr in den 27 Staaten der Europäischen Union die Grundsätze einer zukunftsfähigen Stadtentwicklungsstrategie fest. Die Leipzig Charta fordert starke Städte als Motoren der Entwicklung, der Wissenschaft, Bildung und Kreativität. Sie betont damit

den kulturellen Wert und der Europäischen Stadt und ihre Rolle als Innovationsmotor. Die Leipzig Charta fordert aber auch, Disparitäten auszugleichen, Integration zu ermöglichen und wirtschaftliche, lokal-ökonomische, bauliche und soziale Verbesserungen in Städten und Quartieren zu erreichen. Stadtentwicklung muss alle mitnehmen. Die Stadtentwicklung beschränkt sich immer weniger auf die baulich-räumliche Dimension, sondern greift in die ökonomische, soziale, bildungspolitische, kulturelle oder ökologische Sphäre über. Integrierte Stadtentwicklung, die Kooperation vieler Akteure, die räumliche Bündelung von Maßnahmen und die Zusammenführung verschiedener finanzieller Quellen werden immer wichtiger.“

MBWSV NRW, Grundlagen der Stadtentwicklungspolitik.

Stadtentwicklung erfolgt oftmals in kleinen Schritten, indem durch kleinere Projekte und Entwicklungen zunächst nur punktuelle Veränderungen der Stadtstruktur erreicht werden. In Summe weben diese unterschiedlichen Ansätze dann allerdings ein gesamtstädtisches Strukturnetz. Nur mit Hilfe einer gesamtstädtischen Stadtentwicklungsstrategie kann eine strukturierte Verflechtung aller Ideen sichergestellt werden, sodass sich auch Einzelprojekte in einer übergeordneten gesamtstädtischen Idee wiederfinden und neuralgische Knotenpunkte bilden können. Durch Bochum 2030 sollen Synergien geschaffen, gegenseitige Mehrwerte erzielt sowie eine gegenläufige Entwicklung verhindert werden.

In verschiedenen Stadtteilen Bochums erleben wir derzeit genau diese besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements, des Zusammenwirkens vieler Akteure, um aus ihrer Lebenswirklichkeit vor Ort heraus, Ideen für den Stadtteil zu entwickeln. Die Menschen machen sich gemeinschaftlich in Ideen- oder Zukunftswerkstätten Gedanken über die weitere Entwicklung in ihrem Quartier.

Grenzen setzen dabei häufig der Regionale Flächennutzungsplan, Bebauungspläne oder der Masterplan Einzelhandel. Nicht alles was lokal wünschenswert ist, ist vor diesem Hintergrund umsetzbar oder im Hinblick auf die gesamtstädtische Entwicklung gewollt.

I. Die Grundsatzbeschlüsse Wohnen und Gewerbe hat der Rat der Stadt Bochum bereits gefasst. Bochum steht aber auch vor der Aufgabe, zur Vorbereitung des Regionalplans Ruhr langfristig Flächen für Gewerbe und Wohnbebauung auszuweisen. Hierzu liegen Flächenvorschläge der Planungsverwaltung vor, die es politisch zu bewerten gilt, weil sie langfristige Entwicklungen vorzeichnen. Die Verwaltung hat aber Flächen mehr nach ihrer manchmal zufälligen Verfügbarkeit identifiziert, ohne dass ein großräumiger planerischer Wille dabei erkennbar ist.

Die Frage, wie Bochum zukünftig aussehen soll, wird dadurch zum Teil planerisch entschieden, nicht aber politisch. Sollen Gewerbe- und Wohnflächen gleichmäßig im gesamten Stadtgebiet verteilt werden oder sollen Teilbereiche einseitig mit Wohn- oder Gewerbeansiedlung entwickelt werden? Wollen wir in den Stadtteilen historische

Zentren stärken oder neue entwickeln? Hierzu bedarf es einer Analyse, einer Diskussion auch mit den Bürgerinnen und Bürgern und eines erklärten politischen Willens.

II. Die Stadt Bochum hat sich im Hinblick auf die Frage der Wohnraumentwicklung bereits eine Selbstverpflichtung auferlegt. Im Rahmen eines lokalen Bündnisses für Wohnen sollen möglichst alle relevanten Akteure bei der Formulierung und Umsetzung der wohnungswirtschaftlichen Ziele in Bochum eingebunden werden. Die Umsetzung dieser Selbstverpflichtung erfordert ein planvolles Vorgehen, was mit dem Masterplan Bochum 2030 ermöglicht wird.

III. „Bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt der Gesellschaft“.

Unter dieser Kernaussage hat der Deutsche Bundestag im Dezember 1999 die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ eingesetzt und ihr den Auftrag erteilt, „konkrete politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen, gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland zu erarbeiten“.

In ganz Europa treffen wachsende Aufgaben der Verwaltung auf immer weiter zurückgehende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, so dass mit tradierten Methoden sämtliche Bedürfnisse der veränderten Gesellschaft nicht mehr gedeckt werden können. Bürgerschaftliches Engagement wird zu einer an Bedeutung gewinnenden Ressource werden müssen, um eigene soziale Bedürfnisse und die der Mitmenschen zu erkennen und zu befriedigen. Erst durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger werden oft Probleme kenntlich gemacht und politisches Interesse aktiviert.

Engagement, Ideen und Visionen allein reichen jedoch nicht aus, spürbare Veränderungen in den Stadtteilen zu erwirken. Es bedarf in erster Linie auch finanzieller Mittel, um Entwicklungsprozesse anzustoßen und zu begleiten.

Politik und Verwaltung dürfen daher die Menschen in Ihrem Bemühen nicht allein lassen, sondern muss sie begleiten.

Wir haben starke bürgerschaftliche Initiativen zum Beispiel in Hamme, am Rosenberg und in Gerthe, deren Impulse die Politik aufnehmen und verstärken muss. Es ist das Privileg der Menschen in den Quartieren in erster Linie auf die eigene Nachbarschaft zu schauen und es ist Aufgabe der Politik das Engagement in einen gesamtstädtischen Kontext einzuordnen und damit das Engagement nicht zu verhindern, sondern ihm einen Rahmen zu geben.

Staatliche Institutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen sind deswegen so weiterzuentwickeln, dass bürgerschaftliches Engagement gefördert wird. Für staatliche Institutionen wie Ämter, Verwaltungen und gesetzliche Regelungen bedeutet dies, dass sie konsequent in Richtung auf eine stärkere Bürgerorientierung weiterentwickelt werden sollten, so der Bericht der Enquete-Kommission weiter.

Und dies ist der entscheidende Punkt. In der Stadt Bochum verfügen wir gerade nicht über die Strukturen die bürgerschaftliches Engagement fördern, dazu ermuntern oder dieses begleiten.

Hierzu ein Beispiel:

Die WAZ berichtete am 27.09.2016 über die Auftaktveranstaltung "Rosenberg Initiativ" vom 24.09.2016.

"Dort wurden Abschlussarbeiten des Studiengangs Stadtplanung der Hochschule Ostwestfalen Lippe in Detmold zum Thema „BOCHUM welcome 2.0 – Impulse für die Quartiersentwicklung durch die nachhaltige Integration von temporären und gemeinschaftsbildenden Wohnformen zur Unterbringung von Flüchtlingen am Beispiel Harpen-Rosenberg“ vorgestellt, die auf eine Initiative der ARGE Rosenberg zurückgehen. ARGE Rosenberg als ein Zusammenschluss von Vereinen, Initiativen, Gemeinden, Schulen und sozialen Einrichtungen und der politischen Parteien am Rosenberg.

Angehenden Stadtplanerinnen der Hochschule Ostwestfalen Lippe hatten unter anderem durch Stadtteilbegehung, Besichtigungen und Interviews der Akteure vor Ort die Situation am Rosenberg insbesondere unter Berücksichtigung der geplanten Ansiedlung von Flüchtlingsunterkünften untersucht und Perspektiven für die Wiederbelebung der „Mitte“ mit Nahversorgern, einem multifunktionalen Marktplatz, der Aufwertung der Grünflächen, Schaffung von neuem Wohnraum und Änderung der Sozialstruktur entwickelt. Es handelte sich um ein ganzes Bündel von Maßnahmen, die zum Teil visionären Charakter haben, zum Teil aber mit überschaubarem Aufwand einen unmittelbaren Impuls für notwendige Veränderungen bilden können.

Bemerkenswert waren die Feststellungen der vier Absolventinnen und ihrer Dozentin Dipl.Ing. Veronika Howe, dass der Rosenberg notwendige strukturelle Veränderungen in den letzten Jahrzehnten nicht erfahren habe, die Infrastruktur den Bedürfnissen der neuen und der vorhandenen Bewohner nicht gerecht werde. Positiv überrascht war das Team von der weit überdurchschnittlichen Bereitschaft der Bewohner Verantwortung für den eigenen Stadtteil zu übernehmen und an dessen Gestaltung und Entwicklung mitzuwirken. Die Menschen dürften dabei in ihrem Engagement nicht allein gelassen werden und bedürften der Unterstützung von Politik und Verwaltung, an der es bisher mangle.

Einzelne Städte, in denen Frau Dipl. Ing Howe bereits früher mit ihren Studenten gearbeitet habe, hätten die Ideen und Anregungen in kommunale Planungsausschüsse eingebracht. Die größte Wirkung für Stadtentwicklung habe aber immer noch ein integriertes Handlungskonzept, die indes nicht überall sofort realisierbar seien. Es bedarf also anderer Instrumente, wie Perspektivworkshops, Zukunfts- oder Bürgerwerkstätten, Ideenschmieden oder ähnliche Initiativen von Verwaltung und Politik begleitet werden."

Es gilt daher jetzt einen Prozess anzustoßen, der eine planerische Strategie mit diesem Thema für das Gesamtgebiet der Stadt beschreibt.

IV. Ziel soll ein städtebaulicher Masterplan sein, der dem Ansatz nordrhein-westfälischer Städtepolitik gerecht wird. Wir halten es deswegen für dringend erforderlich im Sinne des Antrags eine Entwicklung für das gesamte Stadtgebiet Bochum anzustoßen. Bochum 2030 soll einen Orientierungsrahmen für ressortübergreifende kommunale Entscheidungen bilden und den Einsatz von städtischen Mitteln sowie von Geldern aus einem modernen Fördergeldmanagement koordinieren.

gez. Susanne Mantesberg-Wieschemann
Ratsmitglied

Für die Richtigkeit

Marcus Heidrich
Fraktionsmitarbeiter